

|  |                     |   |
|--|---------------------|---|
| Fachbereich/Fachdienst<br>SPD-Fraktion | Datum<br>07.08.2018 | Vorlagen-Nr.<br><b>XVIII/0547</b><br><b>B01 / S01</b> |
|--|---------------------|---|

| Beratungsfolge  | Sitzungsdatum | Beratungsergebnis | Abstimmungsergebnis |      |       | geänderte<br>Beschluss-<br>empfehlung |
|---|---------------|-------------------|---------------------|------|-------|---------------------------------------|
|   |               |                   | Ja                  | Nein | Enth. |                                       |
| Fraktion  |               |                   |                     |      |       |                                       |
| Ausschuss für Finanzen, Energie,<br>Wirtschaft, Gleichstellung und<br>Rechnungsprüfung<br>(Finanzausschuss) | 21.08.2018    |                   |                     |      |       |                                       |
| Verwaltungsausschuss  | 28.08.2018    |                   |                     |      |       |                                       |
| Rat der Stadt Barsinghausen   | 30.08.2018    |                   |                     |      |       |                                       |

**Personalkostenzuschuss Alte Zeche  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.07.2018 -**

|   |
|---|
| Beschlussempfehlung:  |
| <p>1. Die Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH erhält für das 2. Halbjahr 2018 einen Zuschuss für Personalkosten in Höhe von 9.000,00 €.</p> <p>2. Ab dem Jahre 2019 wird jährlich ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 18.000 € gewährt.</p> |

## **Sozialdemokratische Partei Deutschlands** **SPD Ratfraktion Barsinghausen**

Altenhofstr. 27, 30890 Barsinghausen  
Tel.: 05105/64330



Barsinghausen, 23.07.2018

### **Antrag SPD Fraktion:**

1. Die Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH erhält für das 2. Halbjahr 2018 einen Zuschuss für Personalkosten in Höhe von 9000,00 €.
2. Ab dem Jahre 2019 wird jährlich ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 18.000 € gewährt.

### **Begründung:**

Zur Begründung verweisen wir zunächst auf die Ausführungen im Schreiben der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH vom 26.03.2018 und auf die Ausführungen des Geschäftsführers Schmidt in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 13.06.2018. In der Sitzung und in einem nachfolgenden Ortstermin konnte die Alte Zeche überzeugend nachweisen, dass für den Betrieb des Besucherbergwerks ein zusätzlicher Personalbedarf besteht, der mit den ehrenamtlichen Kräften nicht mehr allein gedeckt werden kann.

Gegenwärtig ist das Zechenbüro an Werktagen zwischen 9:30 Uhr und 12:30 Uhr regelmäßig geöffnet. Aufgrund der anfallenden Arbeiten ist jedoch eine Besetzung von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr wochentags erforderlich. An den Wochenenden werden im Besucherbergwerk ein Drittel aller Einfahrten durchgeführt, so dass auch am Wochenende Personal im Betriebsbüro anwesend sein, weil ständig Kontakt zu den Grubenführern unter Tage gehalten werden muss. Neuerdings werden feste Grubeneinfahrtzeiten angeboten, die ohne Voranmeldung genutzt werden können. Mit dem neuen Konzept konnten die Einfahrten in den Klosterstollen deutlich gesteigert werden. Das Besucherbergwerk ist für Gäste deutlich attraktiver geworden.

Unter Berücksichtigung von Krankheits- und Urlaubszeiten reichen die gegenwärtigen Personalkapazitäten nicht aus, um den Bedarf für die notwendigen Öffnungszeiten des Büros abzudecken. Es ist daher eine Aufstockung des Personals unerlässlich. Die Alte Zeche hat im Schreiben

26.03.2018 dargelegt, dass regelmäßig 45 Arbeitsstunden im Zechenbüro vorgehalten werden müssen, damit der Bedarf gedeckt werden kann.

Da der Bedarf bereits in diesem Jahr besteht, soll kurzfristig mit der Umsetzung des Konzeptes der Alten Zeche begonnen werden. Für das zweite Halbjahr 2018 würden zusätzliche Personalkosten in Höhe von 9 000,00 € anfallen, in den Folgejahren jeweils 18.000,00 €.

Reinhard Dobelmann

SPD Fraktion

Gleichstellungsrelevante Aspekte sind gegeben, die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten ist wie nachstehend dargestellt erfolgt.

Anlage:

Antrag der SPD-Fraktion vom 23.07.2018